13.05.2017

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung

Flüchtlingsbeauftragter will mehr Rechte für Ausländer

KIEL Schleswig-Holsteins Zuwanderungsbeauftragter **Stefan Schmidt** hat an die künftige Landesregierung appelliert, Ausländern und Flüchtlingen mehr Rechte zu geben und sich dafür auch auf Bundesebene einzusetzen. Als Beispiel nannte er gestern in Kiel den Familiennachzug, der großzügiger gestaltet werden müsse. Bislang dürften nur Eheleute nachreisen – oder minderjährige Kinder zu ihren Eltern und Eltern zu ihren Kindern. „Schon bei älliennachzug versagt", beklagte Schmidt. Notwendig sei eine Bundesratsinitiative, die den Familiennachzug auf bis zu 21-jährige unverheiratete Kinder ausdehnt.

Schmidt verwies darauf, dass für syrische Verwandte bereits ein schleswig-holsteinischer Landeserlass einen erweiterten Familiennachzug regelt. „Das muss auch auf andere Herkunftsländer ausgeweitet werden", sagte er. Ein weiteres Problem sei der Erwerb einfacher Sprachkenntnisse. „Für viele Ehegatten, die zu ihren Partnern nach Deutschland einreisen wollen, ist es schwierig, sich vorab schon die erforderlichen Sprachkenntnisse anzueignen." Sprachschulen seien oft nicht erreichbar, die finanzielle Belastung zu groß. Schmidt forderte eine Bundesratsinitiative für die Abschaffung des Sprachkriteriums beim Ehegat-

Der amtierende Landtagspräsident Klaus Schlie (CDU) hat die Abgeordneten des neuen Kieler Landtages zur ersten Sitzung am 6. Juni eingeladen. Vor Sitzungsbeginn um 11 Uhr gibt es einen ökumenischen Gottesdienst in der Kieler Pauluskirche. *epd*